

Auswertung „MehrKinderwagen“

Fragen und Antworten

Staat frei für eine Politik,
die Familien Zukunft sichert.



Eine Initiative des Familienbundes der Katholiken.

1. Was verrät uns der Bundestrend?

Fakten:

- Im bundesweiten Vergleich liegen alle unsere Forderungen in etwa gleich auf
- Kindergeld auf Rang 1, mehr Zeit auf Rang 2, Kinderarmut bekämpfen auf Rang 3, Betreuungsausbau mit Qualität auf Rang 4, Anschlussleistung auf Rang 5.

Schlussfolgerung:

- Familien wollen den Dreiklang: Zeit, Geld und Infrastruktur (insoweit können wir die Politik loben, dass sie diesen Dreiklang auch erkannt hat).
- Ausbau von Infrastruktur darf nicht zulasten der finanziellen Ausstattung von Familien gehen. Das deckt sich mit den unabhängigen Studien der vergangenen Zeit („Vorwerk Familienstudie 2009“ und „Eltern“-Studie 2009; s. dazu Bericht der Präsidentin, 17.10.09).
- Wir liegen richtig mit unserer Forderung nach Wahlfreiheit.
- Wir sind mit unserer agenda Familie und der hervorragenden Arbeit unserer Sachausschüsse bestens aufgestellt hinsichtlich dessen, was Familien wollen und wir für sie tun können.

2. Was verrät uns die regionale Auswertung?

Fakten:

- Regional sind Unterschiede feststellbar.
- Heterogenes Bild in den alten Bundesländern.
- Homogenes Bild in den neuen Bundesländern und Zeit-Präferenz deutlicher ausgeprägt als in den alten Bundesländern.

Schlussfolgerung:

- Regional unterschiedliche Lebensumstände und Lebensphasen führen zu unterschiedlichen Bedürfnissen bei den Familien.
- Ein einseitiges und von der Politik vorgegebenes Leitbild von Familie wird den unterschiedlichen Lebensrealitäten nicht gerecht.
- Regionale Unterschiede zeigen, dass Familienpolitik auch in Ländern und Kommunen wichtig ist. Daraus ergeben sich Handlungsfelder für Landes- und Diözesanverbände.

3. Rechtfertigt das Ergebnis den Aufwand, der betrieben wurde?

- Ja – insbesondere im Hinblick darauf, dass wir die Idee zur Initiative erst im Januar hatten, die Planung im März begann und die Initiative bereits im Juni startete.
- Diözesan-, Landes-, Mitgliedsverbände und Bundesverband haben an einem Strang gezogen und haben so knapp 10.000 Menschen motiviert ihre Stimme abzugeben - gegen den allgemeinen Trend der Politikverdrossenheit.
- Die hohe Beteiligung zeigt, dass die Familien durchaus bereit und in der Lage sind, ihre Interessen wahrzunehmen. Wir geben den Familien eine Stimme.
- Wir können der Politik sagen, was Familien wirklich wollen. Politik muss sich daran orientieren und darf keine Konzepte „überstülpen“.
- Die Familien fühlen sich von uns ernst genommen. Wir sind „Anwalt für Familien“.
- Wir wissen nun, an welchen Themenfeldern wir mit voller Kraft weiterarbeiten und an welchen Stellen wir noch bessere Antworten liefern müssen.
- Für eine gelingende Verbandsentwicklung muss klar sein, wohin die Familien – und damit auch wir – wollen. Mit dem Ergebnis können wir nun weiterarbeiten.

4. Welche Handlungsaufforderung gibt es für uns?

- Wir müssen uns weiter dafür stark machen, dass Familien auch weiterhin ausreichend finanziell unterstützt werden bzw. die Unterstützung ausgebaut wird.
- Unsere Adressaten sind nicht nur die Politiker auf den drei Ebenen, sondern sollten auch Unternehmen und Gewerkschaften sein, denn die Forderung nach mehr Zeit für Familien liegt auf Rang 2. Hier sind auch die Diözesan- und Landesverbände gefragt.
- Wir müssen ganz klar machen, dass wir, auch wenn unsere Umfrage nicht repräsentativ war, ein sehr gutes Meinungsbild der „Familien da draußen“ wiedergeben können.

5. Wie geht es nun weiter?

- Wir fragen alle Beteiligten nach ihren Erfahrungen mit der Initiative vor Ort und ihren Reaktionen auf die Ergebnisse.
- Wir fragen die Beteiligten: „Was wollt ihr anschieben?“
- Wir fragen die Beteiligten: Wie sollen wir mit dem Ergebnis weiter arbeiten?